

„Wir alle sind Brüssel“

Horst Müller-Baß erklärt, was die Europäische Union für das Leben in Lünen bedeutet

LÜNEN. Das exakte Vorschreiben des Krümmungsgrads einer Gurke und der Mindestgröße einer Banane – die Spitzenpolitiker der EU haben mit ihren Verordnungen schon häufig für Kopfschütteln gesorgt. Aber was bedeuten die Entscheidungen in Brüssel überhaupt für die Kommunen? Anlässlich des 25. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht sprach RN-Volontär Felix Püschner mit Horst Müller-Baß, Erster Beigeordneter der Stadt, über die Beziehung von EU und Lünen.

Was entgegenen Sie Menschen, die der Meinung sind, was in Brüssel geschieht, habe nichts mit dem Leben in ihrer Stadt zu tun?

Das Gegenteil ist der Fall. Die meisten Entscheidungen, die in Brüssel fallen, also die Rechtssetzungsakte der EU, betreffen die Menschen in den Kommunen. Dazu gehören etwa Feinstaubrichtlinien, Trinkwasserverordnungen, der Verbraucherschutz oder auch die freie Wahl im Hinblick auf Arbeitsmöglichkeiten und Ausbildung im europäischen Ausland im Rahmen der Freizügigkeit der EU. In all diesen Bereichen ist unser Leben beeinflusst von dem, was in Brüssel beraten und verabschiedet wird. Viele Entscheidungen werden schließlich in nationales Recht umgesetzt.

Klingt so, als seien Bürger und andere lokale Akteure den Entscheidungen der Rats- und Parlamentsmitglieder der EU hilflos ausgeliefert...

Das ist definitiv nicht so. Wir können die Entscheidungen dort durchaus beeinflussen, etwa durch den Rat der Regionen, in dem auch die Kommunen vertreten sind. Der Rat wird bei allem Maßnahmen angehört, die die kommunalen Interessen betreffen. Wir haben als Kom-

mune zudem die Möglichkeit, über unsere Spitzenverbände, Städtetag sowie Städte- und Gemeindebund Stellungnahmen zu Vorhaben abzugeben, die in Brüssel geplant werden. Wir können durchaus mitteilen, wo uns als Kommune der Schuh drückt. Die Kommunikation ist keineswegs einseitig. Man könnte sagen: Wir alle sind Brüssel.

Inwieweit hat Lünen von diesem Dialog bereits profitiert?

Sehr deutlich wird das in Bezug auf die Förderprogramme. Projekte wie der Ausbau in der Innenstadt, der südliche Eingangsbereich Lange Straße oder der Preußenhafen werden beispielsweise durch EU-Gelder mitfinanziert. Aber nicht nur die Kommune wird gefördert, sondern auch die Unternehmen: Die Wirtschaft erhält ebenfalls Mittel aus Förderpöfpen der EU. Wir profitieren letztlich alle.

Wie schwierig ist es denn, an Fördermittel zu kommen?

Das ist zunächst mal ein sehr komplexes Verfahren, bei dem wir uns als Kommune natürlich nicht direkt an die EU wenden. Um in Förderprogramme aufgenommen zu werden, müssen wir uns mit den Landes- und Bundesbehörden abstimmen. Das gilt auch im Falle der Innenstadtsanierung. Über den Antrag

ans Land erhalten wir dann im Idealfall die nötigen Fördermittel. Meiner Erfahrung nach verlaufen die Gespräche zwischen unseren Fachabteilungen und den Landesbehörden aber in der Regel sehr konstruktiv. Bezirksregierung und Landesregierung sind für unsere Anliegen eigentlich immer sehr offen.

Lünen ist seit 2013 offiziell „europaaaktive Kommune“. Was bedeutet das und was musste die Stadt dafür tun?

Die Landesregierung hat damals Kommunen ausgezeichnet, die sich mit dem Thema Europa auseinandersetzen. Dazu mussten wir ein Konzept mit verschiedenen Punkten einreichen. Die Volkshochschule war einer dieser Punkte. Dort werden Kurse angeboten, bei denen Bürger genau erfahren, wie Europa auf politischer Ebene funktioniert, wie Gremien zusammenarbeiten, was Europa uns bringt und so weiter. Auch unsere Stadtverwaltung haben wir anders ausgerichtet – nicht nur durch Sprachfortbildungen für die Mitarbeiter, sondern unter anderem durch die Möglichkeit der Hospitationen in unseren Partnerstädten. Wir konnten auch durch unsere interkulturelle Ausrichtung punkten.

Lünen pflegt Partnerschaften zu fünf Städten im Ausland.

Inwieweit sind solche Partnerschaften wichtig?

Vor allem, um Verständnis für Europa zu wecken und Vorurteile abzubauen. Aber auch, um voneinander zu lernen. Es gibt zum Beispiel einen regen Austausch zwischen unseren Schulen, Sportvereinen und Künstlern und denen in der Türkei, Polen, Großbritannien, Litauen und den Niederlanden.

Wie gut der interkulturelle Austausch funktioniert, hat zudem das Projekt „Lüner Hansetuch“ gezeigt, bei dem wir Künstler aus ganz Europa angefragt haben, uns ein Ölbild zu schicken, das sich mit der Idee der Hanse befasst. Voneinander lernen bedeutet aber nicht nur, sich kulturell weiterzubilden. Es geht auch um andere Dinge wie wirtschaftliche Aspekte. Wer sich mit anderen austauscht und schaut, wie diejenigen mit ihren Problemen umgehen, kann manchmal selbst davon profitieren.

Wie wichtig ist das Engagement der Schulen?

Das ist überaus wichtig. Mit dem Freiherr-vom-Stein-Gymnasium haben wir ja sogar eine offizielle Europaschule. Und das Gymnasium Altlünen ist auf dem besten Weg dorthin. Dass Schüler die Möglichkeit haben, ins europäische Ausland zu gehen, um dort Erfahrungen zu sam-

eln, andere Kulturen kennenzulernen und Sprachen zu erlernen, ist generell eine Sache, die wir gerne fördern.

Wenn Sie die EU als großes Ganzes betrachten: Was bereitet Ihnen gerade am meisten Sorgen?

Das ist vor allem die Renationalisierung, wie wir sie gerade in Ungarn oder Polen erleben. Die Diskussion über den Staatsumbau entzweit dort sogar Familien und Freunde. Das Wegdriften dieser Länder von der europäischen Idee bereitet mir große Sorge. Wir haben alle unsere nationalen Identitäten, aber das darf weder die Zusammenarbeit in Europa gefährden noch die zentralen Werte wie Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit infrage stellen. Bei einigen Ländern wie der Türkei, die ja bislang das Bestreben haben der EU beizutreten, ist das aber leider der Fall.

Inwieweit haben die aktuellen Entwicklungen in der Türkei oder auch Polen denn Auswirkungen auf die Städtepartnerschaften?

Wir haben die Städtepartnerschaften ja nicht mit einem Regierungssystem, sondern mit den Menschen in den Kommunen geschlossen. Insofern stehen wir weiterhin in den Beziehungen mit unseren Partnerstädten in Polen und der Türkei.

④ Gemeinsame Werte bilden den Kern der Vereinigung

■ **Am 7. Februar 1992** unterzeichnete der Europäische Rat in Maastricht den Vertrag über die Europäische Union – einen Verbund aus derzeit 28 Mitgliedsstaaten, die neben sozial-, bildungs-, umweltpolitischen und wirtschaftlichen Zielen u.a. eine gemeinsame Außen- und Sicher-

heitspolitik sowie Strategien zum Kampf gegen organisierte Kriminalität verfolgen. ■ **Mehr als** eine halbe Milliarde Menschen leben aktuell in den Mitgliedsstaaten, die sich laut Vertrag durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit sowie Solidarität und die Gleichheit von Frauen

und Männer auszeichnen. ■ **Auch wenn** die Wirtschaft in der EU eine wichtige Rolle spielt, ist die EU in erster Linie als Wertegemeinschaft konzipiert. Sie gründet auf den Werten der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit und Demokratie, der Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit sowie der Wahrung

der Menschenrechte. ■ **Neben dem** Europäischen Parlament und dem Rat der EU, die unter anderem gemeinsam für die Gesetzgebung und die Verabschiedung der jährlichen EU-Haushalte verantwortlich sind, gehört die EU-Kommission als Exekutive zu den zentralen Organen der EU.

Ruhr Nachrichten vom 7. Februar 2017:

(Fortsetzung)



Horst Müller-Baß ist Erster Beigeordneter der Stadt Lünen und zuständig auch für die Städtepartnerschaften. Diese bilden einen kleinen, aber wichtigen Baustein in dem Konstrukt, das einzelne Kommunen und die Europäische Union miteinander verbindet.

RN-FOTO PUSCHNER